

Klaus Bittermann: „Sehnsucht nach dem Untergang. Über die wahnhafte Entwirklichung der Wirklichkeit. Psychogramm des rechten Wählers“

Ratlos machende Zerstörungswut

Von Bodo Morshäuser

Deutschlandfunk Kultur, Lesart, 31.10.2026

Die Anhänger populistischer und rechtsextremer Politik wollen keine Lösung von Problemen und auch keine Verbesserungen für sich selbst – sondern, dass es anderen schlechter gehe. So lautet eine These von Klaus Bittermann. Seine wütende Warnung will Schluss machen mit dem „Zuhören“ und „Sorgen ernst nehmen“. Die AfD müsse bekämpft werden. Doch wie? Einen Ratgeber hat Bittermann nicht geschrieben.

Es handelt sich bei diesem Buch um hundert Seiten Wut, um einen Akt der Notwehr auch. Klaus Bittermann möchte von einer schonungsbedürftigen, weil eventuell wieder einzufangenden AfD-Wählerschaft nichts mehr wissen. Alle Versuche hätten gezeigt, dass ihr nicht mit Verständnis für ihre Sorgen beizukommen ist, weder mit Diskussionen noch anderen Gesprächsformaten - AfD-Wählerinnen wollen demnach nicht diskutieren, sie wollen die Handlung erleben, die Tat. AfD-Wähler wollen es brennen sehen. So die Ausgangslage dieses Pamphlets.

Klaus Bittermann

Sehnsucht nach dem Untergang

Über die wahnhafte Entwirklichung der Wirklichkeit

Psychogramm des rechten Wählers

edition tiamat, 2026

112 Seiten

20 Euro

Anhänger eines geschlossenen Wahn-Systems

Wie für ein Pamphlet angemessen, geht der Autor dabei ziemlich grob vor. AfD-Wähler sind Bewohner einer Phantasiewelt, in der sie Opfer von Politikern, vom Westen, den Eliten sind, von Linken sowieso, je nach dem. Sie befinden sich für den Autor in einem geschlossenen Wahnsystem und in einem Kampf gegen die komplizierte Wirklichkeit. In ihrer Ersatzreligion ist kein Platz für ein Ringen ums bessere Argument, der Kampf ist entschieden, die Wahrheit ist auf ihrer Seite. Mit Demokratie können sie nichts anfangen. Sie wählen eine Partei, unter deren Regime sich für sie nichts verbessern würde, und das wissen sie, aber eines würde dabei heraussspringen: die eigenen Ressentiments würden befriedigt werden. Es würde anderen schlechter gehen, und sie könnten dabei Zuschauer sein.

„Sehnsucht nach dem Untergang“ heißt das Buch deshalb, und im Untertitel: „Über die wahnhafte Entwirklichung der Wirklichkeit. Psychogramm des rechten Wählers“.

Der Autor ist Verleger der edition tiamat und hat mit Autoren wie Wolfgang Pohrt und Wiglaf Droste seit dem Vereinigungsjubel vor einer nationalistischen Welle gewarnt. Heute sieht er sich bestätigt, und die deutsche Einheit von 1990 sei das Initiationserlebnis des gesamtdeutschen Rechtsextremismus gewesen, behauptet Bittermann im zweiten Teil der Polemik. Und er lässt kein gutes Haar an jener Bevölkerung Deutschlands, die 1990 dem Grundgesetz beigetreten ist: den Ostlern.

Abnehmende Zufriedenheit mit der Meinungsfreiheit

Untersuchungen besagen, seit diesem Zeitpunkt habe die Zufriedenheit mit der Meinungsfreiheit in der Bevölkerung abgenommen. Und sie zählen eine Zunahme rechtsextremer Übergriffe seit der deutschen Einheit. Dabei fällt eine Häufung rechtsextremer Gewalt wie auch rechtsextremer Wählerstimmen in den fünf ostdeutschen Ländern auf. Der fast nahtlose Übergang von der Nazizeit zum DDR-Sozialismus mache den Unterschied zum Westen aus, wo die Westalliierten für demokratische Zivilisierung sorgten. Seit 1990 suche der innere Groll generationenlangen Unterlegenheitsgefühls nach Gelegenheiten, als Hass nach außen zu dringen, wo er als Straßengewalt und als Wählerstimme für Demokratiefeinde dabei sei, die Konstitution des deutschen Rechtsstaats zu erschüttern.

Am Ende der Polemik: eine ruhige Mahnung

Zum Schluss des Textes kehrt ein ruhiger, nachdenklicher Ton ein. Hannah Arendt-Zitate legen manchen Vergleich der Vor-Nazi-Zeit mit der heutigen Situation nahe. Erneut sei zu beobachten, wie Teile des Bürgertums nicht mehr nur heimlich die extreme Rechte unterstützten und die Demontage einer gesellschaftlichen Mitte vorantrieben.

Bittermann hat keinen Ratgeber geschrieben und er hat keinen Rat. Er stellt zum Schluss fest, dass Demokraten die AfD weiterhin bekämpfen müssen, auch und gerade, weil die demokratischen Parteien sich immer noch weigern, juristische Schritte zu prüfen, mit denen verhindert werden könnte, dass die Grundlagen der Demokratie zerstört werden.